Liebe Freundinnen und Freunde,

wir haben in diesem Jahr in Hessen für einen Regierungswechsel gekämpft. Leider ist uns am Wahlabend nicht gelungen, ein klares Ergebnis für unsere Wunsch-Koalition mit der SPD, noch in den danach stattfindenden Sondierungsverhandlungen mit den möglichen dritten Partnern, den LINKEn, zu erreichen.

Wir haben bereits zum Auftakt der Sondierungsgespräche immer gesagt, dass wir mit allen Parteien ergebnisoffen sprechen und versuchen wollten möglichst viele unserer Positionen umzusetzen. Auch ich habe bei den Parteiratssitzungen diesem Vorgehen und schlussendlich auch dem Eintritt in Koalitionsverhandlungen mit der CDU zugestimmt. Getragen war und ist dies von dem Gedanken, dass man mit allen Parteien Sprech- und ggf. auch Koalitionsfähig sein muss – wenn die Inhalte stimmen.

Dennoch kann und werde ich dem, seit Mittwoch vorliegendem Koalitionsvertrag, nicht zustimmen. In vielen Punkten bin ich bereit, weitreichende Kompromisse zu akzeptieren, die über das hinausgehen, was wir in unserem Wahlprogramm gefordert haben. Ich lasse mich darauf ein „eine Energiewende nach Plan“ an den Zielen des Energiegipfels auszurichten und ‚realistischeren‘ Rahmendaten anzupassen. Auch wenn ich der Meinung bin, dass GRÜNE Ideen sehr wohl visionär sein dürfen, kann ich es verstehen, wenn man 2030 eher als weiches Ziel definiert, als ein hartes.

Ich freue mich über die Erfolge, die im Bereich Umwelt- und Naturschutz erreicht wurden und die zu recht auch von den jeweiligen Verbänden goutiert werden.

Ich bin aber schon nicht mehr der Meinung, dass wir uns Rühmen können, kleine Erfolge in den Absichtserklärungen bei der Lesben- und Schwulenpolitik, der Anerkennung der Willkommenskultur in Hessen und eine marginale Verbesserung in der Asylpolitik als bei der CDU herausgeschlagen bezeichnen, wenn gleichzeitig erneut ein klares Bekenntnis der Steinbach-CDU zu den Vertriebenen-Verbänden im Koalitionsvertrag steht. In einem Koalitionsvertrag unter GRÜNER Beteiligung wohlgemerkt.

Der Koalitionsvertrag ergibt für mich insgesamt kein klares GRÜNES Gesamt-Bild und an – für mich – entscheidenden Stellen finde ich ihn und unser Verhalten gegenüber den Menschen, die uns gewählt haben und heute draußen vor der Halle in großer Zahl demonstrieren, schlicht – beschämend.

Die Aussage, dass es mit uns GRÜNEN weniger Lärm am Frankfurter Flughafen gibt, ist falsch. Sie ist falsch in Bezug auf den aktuellen Lärmindex und sie ist auch falsch im Vergleich zu einer Großen

Koalition. Sie ist allenfalls richtig in Bezug auf das Planungsziel 2020, was in der Realität vielleicht aber auch erst 2030 erreicht wird.

Der Flughafen-Teil orientiert sich einzig und alleine an der ökonomischen Entwicklung des Flughafens unter der Strategie-Maßgabe der Betreiberin FRAPORT. Es gibt keine eigene GRÜNE Idee, welchen Flughafen wir in der Region brauchen, welchen Flughafen wir in der Region wollen und welchen Flughafen die Region eigentlich ertragen kann.

Das Prinzip der Lärmpausen beruht ausschließlich auf einem Umverteilungskonzept, bei dem es – insofern es überhaupt funktioniert – unter einzelnen Bereichen, zu bestimmten Zeitpunkten leise, dafür aber zu anderem Zeitpunkt doppelt so laut ist. Andere Bereiche – die Anfluggrundlinien der Südbahn und damit die Altbetroffenen – werden weiterhin doppelt belastet, da große Flugmuster der Typen A380, B747 und MD11 gar keine Zulassung auf der neuen – viel zu kurzen – Landebahn haben. Noch dazu wurde den, dem Konzept zugrunde liegenden, DROps – ausschließlich für Abflüge übrigens – bereits in 2012 von der DFS bescheinigt, dass es in den Abendstunden nur dann funktioniert, wenn die Kapazität eingeschränkt wird – und diese wird derzeit ja gar nicht in Frage gestellt.

Der angesprochene Lärmdeckel ist unspezifisch, orientiert sich erneut nur an Daten aus der Mediation und stellt die Aussage in den Raum, dass alles unter 700 000 Flugbewegungen/Jahr gut sei – 1 000 weniger als in der Planfeststellung.

Nettigkeiten verbergen sich dann in den Nebensätzen: Man möchte Routenfestlegungsverfahren beschleunigen. Das heißt im Umkehrschluss, man prüft und beteiligt weniger. Am Ende treffen sich alle Parteien da, wo wir am 03. September des Jahres in Kassel schon standen, weil eben nicht ausführlich geprüft und das Verfahren nicht ausreichend bewertet wurde.

Bleibt die „ergebnisoffene“ Prüfung von Terminal 3. Ergebnisoffen heißt im Sinne des Vertrages: FRAPORT prüft. Das Prüfungsergebnis kann jeder in der Tagespresse lesen oder sich auf Google Maps im Entstehen anschauen: Terminal 3 wird gebaut! Vielleicht nicht heute, vielleicht nicht 2015, aber wenn wir Pech haben 2018 und damit auch als Tretmine in unserem nächsten Landtagswahlkampf. Im Vertrag ist keine Prüfung des hessischen Verkehrsministeriums enthalten – wir prüfen also nicht, ob man in einer etwas anderen Konfiguration noch einmal mehr als 68 Millionen Passagiere im Jahr abfertigen könnte.

Wir legen das Schicksal des Flughafens, aber auch das Schicksal unserer Partei im Rhein-Main-Gebiet in die Hände von Schulte – und er kann uns jederzeit den Stecker ziehen in dem er den ersten Spatenstich setzt.

Ich verhehle nicht, dass der Flughafen ein wichtiger Wirtschaftsmotor und das Eingangstor der Welt nach Hessen ist. Wir müssen aber endlich mit der Legende aufräumen, dass die HUB-Funktion, welche 2/3 alles Flugverkehres erzeugt, dafür ausschlaggebend ist – genauso wie wir damit aufräumen müssen, dass die GRÜNE Energiewende schuld an der Energiepreisentwicklung ist.

Große Diskrepanz sehe ich auch bei den kommunalen Finanzen. Der kommunale Finanzausgleich muss 2014 neu geregelt werden – das Ergebnis steht dabei doch schon fest: Die 340 Millionen Euro, welche den Kommunen 2011 unter Schwarz-Gelb entzogen wurden, bekommen sie - und damit wir, die in den regionalen Parlamenten sitzen – nicht zurück.

Dieses Geld fehlt bereits heute an allen Ecken und Enden.

Zusätzlich plant die Koalition die Umwandlung von Finanzierung von Zuschüsse in Darlehen, was im Umkehrschluss nichts anderes bedeutet, als dass das Land auf Kosten der Kommunen spart. Die regionale Finanzaufsicht wandert von den Landkreisen zu den Regierungspräsidenten – auch bei Nicht-Schutzschirmkommunen.

Wir alle werden dabei künftig gebenchmarkt und vergleichmäßigt.

Politik in Deutschland wird immer beliebiger. Parteien werden austauschbar, Programme nähern sich auf gemeinsame Nenner an, Koalitionsmodelle werden unscharf. Wollen wir aber der Politikverdrossenheit etwas entgegenstellen, müssen wir uns vom politischen Einheitsbrei lösen und auch wieder grundsätzliche und für uns nicht verschiebbare Positionen wieder in den Mittelpunkt stellen und Pflöcke setzen.

Der politische Diskurs muss aufgenommen und ausgetragen werden. Nicht nur nach außen, sondern vor allem auch in das Parteiinnere. Hierbei kommt unseren beiden neuen Landesvorsitzenden in den kommenden Tagen, Wochen, Monaten, ja Jahren eine besondere Verantwortung zu.

Wir, die heute vermutlich heute nicht die Mehrheit stellen werden, müssen und werden uns hierbei auch der Diskussion in der Partei und mit Euch, als regierende Landtagsfraktion stellen müssen. Wir werden die Koalition kritisch begleiten und Euch hinterfragen, wir werden Euch treiben. Wir werden Euch aber auch unterstützen und Euer handeln verteidigen. Wir werden am Ende auch Eure Erfolge anerkennen.

In diesem Sinne, wünsche ich Euch trotz allem Frohe Weihnachten und einen guten Rutsch ins neue Jahr.